
Deutschland nach den Bundestagswahlen vom 22. September 2013: Politische Kontinuität und struktureller Wandel

Prof. Dr. Ulrich Eith

Dezember 2013

Comité d'études des relations franco-allemandes



Das Französische Institut für Internationale Beziehungen (IFRI) ist in Frankreich das wichtigste unabhängige Forschungszentrum, das über große internationale Fragen informiert und diskutiert. Von Thierry de Montbrial im Jahr 1979 gegründet, ist das IFRI als gemeinnütziger Verein anerkannt (Gesetz des Jahres 1901). Es ordnet sich keiner Amtsvormundschaft unter, legt nach eigenem Ermessen seine Aktivitäten fest und publiziert regelmäßig seine Berichte.

Durch seine Studien und Debatten, die interdisziplinär angelegt sind, bringt das IFRI Politiker, Wirtschaftswissenschaftler, Forscher und Experten auf internationaler Ebene zusammen.

Mit seinem zweiten Büro in Brüssel (IFRI-Bruxelles) positioniert sich das IFRI als eines der wenigen französischen think tanks im Kern der europäischen Debatte.

*Die Verantwortung für die im weiteren Text
geäußerten Standpunkte trägt der Autor.*

Die Aktivitäten des Cerfa (Forschung, Editing und Publikationen) werden von dem Referat Frankreich des Auswärtigen Amtes und dem Planungsstab des Ministère des Affaires étrangères gefördert.



Herausgeber: Dr. Yann-Sven Rittelmeyer und Prof. Dr. Hans Stark

ISBN: 978-2-36567-235-1
© Ifri – 2013 – Tous droits réservés

Ifri
27 rue de la Procession
75740 Paris Cedex 15 – FRANCE
Tel.: +33 (0)1 40 61 60 00
Fax: +33 (0)1 40 61 60 60
Email: accueil@ifri.org

Ifri-Bruxelles
Rue Marie-Thérèse, 21
1000 – Bruxelles – BELGIQUE
Tel.: +32 (0)2 238 51 10
Fax: +32 (0)2 238 51 15
Email: info.bruxelles@ifri.org

Website: ifri.org

Der Autor

Ulrich Eith ist Professor an der Universität Freiburg und leitet seit 1992 die Arbeitsgruppe Wahlen Freiburg. Er promovierte im Fachbereich Politikwissenschaft an der Universität Freiburg, wo er 2002 auch habilitierte. Er ist des Weiteren Direktor des Instituts für politische Bildung Baden-Württemberg e.V., das „Studienhaus Wiesneck“.

Neben der Wahl- und Parteienforschung arbeitet er über das deutsche Regierungssystem und den politischen Systemvergleich sowie über das Thema Rechtsextremismus.

Zusammenfassung

Die Bundestagswahl vom 22. September 2013 stellt eine deutliche Zäsur im Parteienwettbewerb dar. Sie spiegelt die strukturellen Veränderungen für die Parteien und das politische System in Deutschland wider. Erstmals seit über 50 Jahren konnten die beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD gemeinsam wieder zulegen, während die kleineren Parteien Wähler verloren haben. Es stellte sich letztlich heraus, dass das vertraute Muster des Lagerwettbewerbs (CDU/CSU und FDP gegen SPD und Grüne) der aktuellen politischen Situation in Deutschland immer weniger entspricht.

Die beiden Volksparteien sind zudem mit enormen Veränderungen in ihren traditionellen Kernwählerschaften konfrontiert und ringen mit den daraus resultierenden Konsequenzen für ihr politisch-programmatisches Selbstverständnis und Profil. In der CDU/CSU sowie in der SPD verringert der Lagerkampf zwischen Reformkräften und Traditionalisten den Handlungsspielraum der beiden Parteien. Union und SPD sollten in diesem Zusammenhang ihre dominierende Stellung im Bundestag sowie im Bundesrat nutzen, um in zentralen inhaltlichen Punkten Flagge zu zeigen und grundlegende Strukturreformen anzustoßen.

Inhaltverzeichnis

EINLEITUNG.....	4
DIE AUSGANGSLAGE DER BUNDESTAGSWAHL	6
DER WAHLAUSGANG – ERKLÄRUNGSFAKTOREN DER PARTEIERGEBNISSE	9
INNERPARTEILICHE KONFLIKTLINIEN UND NEUPOSITIONIERUNGEN – PARTEIEN IN DER ORIENTIERUNGSPHASE	18
ENTWICKLUNGSPERSPEKTIVEN DES PARTEIENWETTBEWERBS IN DEUTSCHLAND	24

Einleitung

Das Ergebnis vom 22. September 2013 ist zunächst ein überzeugender Vertrauensbeweis für die Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die von ihr angeführten Unionsparteien CDU/CSU erreichten mit 41,5 Prozent ihr bestes Ergebnis seit 1990. Die SPD hingegen blieb weit hinter den eigenen Erwartungen zurück. Trotz geringer Zuwächse gegenüber 2009 mussten die Sozialdemokraten mit 25,7 Prozent ihr zweitschlechtestes Ergebnis in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hinnehmen.

Darüber hinaus markiert diese Bundestagswahl eine deutliche Zäsur im Parteienwettbewerb. Erstmals seit über 50 Jahren konnten die beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD gemeinsam wieder zulegen. Gleichzeitig mussten alle im Bundestag vertretenen kleineren Parteien Verluste hinnehmen. Die FDP ist sogar unter die 5 %-Hürde gerutscht und verliert damit ihre parlamentarische Repräsentanz im Bund. Zudem spiegelt das Ergebnis die strukturellen Veränderungen des politischen Wettbewerbs wider: Bereits seit längerem ist erkennbar, dass das vertraute Muster des Lagerwettbewerbs „Schwarz-Gelb“ (CDU/CSU und FDP) gegen „Rot-Grün“ (SPD und Grüne) der aktuellen politischen Situation in Deutschland immer weniger entspricht. Keines der beiden Lager konnte 2013 eine eigene Mehrheit erringen und entsprechend schwierig gestaltete sich die Bildung einer stabilen Regierungsmehrheit im Parlament.

Tabelle 1: Ergebnisse und Gewinne / Verluste bei der Bundestagswahl 2013 (in Prozent bzw. Prozentpunkten)

	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke	AfD	Sonst.
Zweitstimme	41,5	25,7	4,8	8,4	8,6	4,7	6,3
Veränderung zu 2009	+ 7,7	+ 2,7	- 9,8	- 2,3	- 3,3	+ 4,7	+ 0,3

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, *Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 22. September 2013*, Mannheim, 2013, S. 7.

Nachfolgend wird zunächst die Ausgangssituation der vergangenen Bundestagswahl skizziert. Vor diesem Hintergrund lässt sich der Wahlausgang detailliert analysieren und einordnen. Ein

besonderes Interesse gilt der zentralen These, dass die Eurokrise und ein insgesamt themenarmer Wahlkampf der Kanzlerin die Chance geboten haben, ihre bereits 2009 erfolgreiche Wahlkampfstrategie der asymmetrischen Demobilisierung erneut anzuwenden. Dem schließt sich die Frage nach den Entwicklungsperspektiven des parteipolitischen Wettbewerbs in Deutschland an. Hierbei ist insbesondere zu diskutieren, ob und inwieweit die in CDU/CSU und SPD zu beobachtenden innerparteilichen Frontstellungen zwischen Modernisierern und Traditionalisten die weiteren Handlungsspielräume der beiden Volksparteien einengen.

Die Ausgangslage der Bundestagswahl

Die Bundestagswahl 2013 fand vor dem Hintergrund einer ambivalenten Stimmungslage in Deutschland statt, die durchaus einem „Tanz auf dem Vulkan“ gleicht. Auf der einen Seite ermittelten die Wahlumfragen der renommierten Meinungsforschungsinstitute – im Folgenden die Zahlen des für die ARD arbeitenden Instituts Infratest dimap – übereinstimmend eine außerordentlich hohe Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit den wirtschaftlichen Rahmendaten. Unmittelbar vor der Wahl schätzten 74 Prozent die wirtschaftliche Situation Deutschlands als gut ein, 78 Prozent sogar ihre eigene wirtschaftliche Situation. 73 Prozent sahen sich von der Eurokrise bis dato noch nicht betroffen. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist auf einem sehr niedrigen Niveau, die Börsenkurse erreichen derzeit absolute Höchststände. Auf der anderen Seite belegen die Berichte der Wohlfahrtsverbände jedoch übereinstimmend, dass sich die soziale Schere in Deutschland seit Jahren immer weiter öffnet. Ein Arbeitsplatzverlust, eine kostspielige Scheidung, und nicht selten ist der erarbeitete Wohlstand und soziale Status in Gefahr. Längst hat die Angst vor dem sozialen Abstieg auch Teile der gutausgebildeten Mittelschichten erreicht. 13 Prozent der Bürgerinnen und Bürger sind den Wahlumfragen zufolge derzeit von Altersarmut betroffen. 41 Prozent rechnen damit, später einmal davon betroffen zu sein. Und auch die Eurokrise wird ein zentrales Thema bleiben. 53 Prozent der Deutschen waren zum Zeitpunkt der Bundestagswahl davon überzeugt, dass der schlimmste Teil der Euro-Krise noch bevorsteht und 50 Prozent zeigten sich besorgt um ihre Ersparnisse.

Tabelle 2: Aussagen zur wirtschaftlichen Situation und zur politischen Zufriedenheit (in Prozent)

Die wirtschaftliche Lage ist...	
gut	74
schlecht	24
Meine persönliche wirtschaftliche Situation ist...	
gut	78
schlecht	22
Aussagen zur Euro- und Schuldenkrise	
„Ich bin persönlich von der Krise bisher nicht betroffen“	73
„Der schlimmste Teil der Krise steht noch bevor“	53
„Ich mache mir Sorgen um meine Ersparnisse“	50
Aussagen zur Altersarmut:	
„Ich bin selbst von Altersarmut betroffen“	13
„Ich rechne damit, später einmal von Altersarmut betroffen zu werden“	41
Zufrieden mit der politischen Arbeit von...	
Merkel	71
Seehofer	53
Gysi	47
Steinbrück	44
Ansichten über Angela Merkel: „Vertritt unser Land gut in der Welt“	
SPD-Wähler	75
Grüne-Wähler	69
Ansichten über Angela Merkel: „Hat in der Eurokrise richtig und entschlossen gehandelt“	
SPD-Wähler	41
Grüne-Wähler	42

Quelle: Infratest dimap Wahlberichterstattung, <<http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2013-09-22-BT-DE/index.shtml>>.

In dieser Situation haben sehr viele Wählerinnen und Wähler ihr Vertrauen einmal mehr in Angela Merkel gesetzt. Weit über die Unionswählerschaft hinaus gilt die Kanzlerin zusammen mit ihrem Finanzminister Wolfgang Schäuble als die Garantin für Stabilität in der Krise. Durch ihren bedächtigen, moderierenden, fast schon präsidialen Regierungsstil schafft sie es, sich den tagtäglichen parteipolitischen Auseinandersetzungen weitgehend zu entziehen. Zudem hat sie es in der Euro-Krise zumindest aus Sicht vieler deutscher Wählerinnen und Wähler verstanden, ihre unbezweifelbare Bejahung des europäischen Integrationsprozesses und ihren konsequenten Einsatz zur Verteidigung der gemeinsamen Währung mit einem ebenso entschlossenen Eintreten für deutsche Interessen in Einklang zu bringen. 84 Prozent der Deutschen fühlten sich den Wahlumfragen von Infratest dimap zufolge von Merkel gut in der Welt vertreten, 71 Prozent waren mit ihrer politischen Arbeit zufrieden. Über zwei Regierungsperioden hinweg ist es Angela Merkel inzwischen gelungen, für ihre Amtsführung eine konstant hohe Unterstützung zu bekommen. Kein Kanzler vor ihr hatte über so lange Zeiträume hinweg eine vergleichbar hohe Zustimmung.

Der Wahlausgang – Erklärungsfaktoren der Parteiergebnisse

Angesichts der geschilderten Ausgangsbedingungen ist es nicht überraschend, dass bei dieser Wahl die Spitzenkandidaten einen größeren Einfluss auf den Wahlausgang hatten als bei vorangegangenen Bundestagswahlen. In besonderer Weise gilt dies für die Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die Erhebungen der für das ZDF arbeitenden Forschungsgruppe Wahlen Mannheim belegen, dass sich über das gesamte Jahr 2013 hinweg konstant etwa 60 Prozent aller Wahlberechtigten für Angela Merkel als künftige Bundeskanzlerin ausgesprochen haben. Lediglich etwa 30 Prozent votierten für Peer Steinbrück. Blickt man auf die persönlichen Eigenschaften der Spitzenkandidaten, so lag Merkel bei Sympathie, Glaubwürdigkeit, Durchsetzungsvermögen und auch größerem Sachverstand jeweils weit vor Steinbrück. Bei der Bekämpfung der Euro-Krise, der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Lösung zukünftiger Probleme setzten ebenfalls deutlich mehr Befragte auf Angela Merkel. Lediglich in Fragen der sozialen Gerechtigkeit konnte Steinbrück gegenüber Merkel punkten. 80 Prozent der Befragten waren in der Vorwahlbefragung der Meinung, Angela Merkel mache ihre Sache als Regierungschefin eher gut. Lediglich 19 Prozent glaubten, Steinbrück würde es besser machen. Selbst die Anhänger der Oppositionsparteien teilten mehrheitlich die positive Bewertung von Merkel. Bei den SPD-Anhängern waren es 67 Prozent, bei den Grünen 77 Prozent und bei der Linken immerhin 56 Prozent.

CDU/CSU konnten vom Amtsbonus Merkels profitieren und haben ihre Wahlkampfstrategie weitgehend auf das hohe Ansehen der Bundeskanzlerin ausgerichtet. Während in der Anfangsphase des Wahlkampfes zunächst die vier Themen stabiler Euro und Wachstum, solide Finanzen, Schutz der Familien sowie Arbeitsplätze und Zukunftssicherheit plakatiert wurden, stand in den weiteren Phasen des Wahlkampfes vor allem die Bundeskanzlerin – zunächst in konkreten politischen Alltagssituationen, sodann mit der schlichten Botschaft „Kanzlerin für Deutschland“ – im Mittelpunkt der Kampagne.

Weit weniger stimmig entwickelte sich das Zusammenspiel von Spitzenkandidat und Partei bei der SPD. Holprig geriet bereits der Start von Peer Steinbrück als sozialdemokratischer Spitzenkandidat am 28. September 2012. Seine zu diesem frühen Zeitpunkt eher überraschende Nominierung erfolgte ohne eine erkennbare Kommunikationsstrategie, welche die durchaus

möglichen Vorteile dieser Konstellation – eine sich wieder auf ihre linken Stammwähler zubewegende Partei und ein Spitzenkandidat mit Ausstrahlung bis in „bürgerliche“ Wählerkreise hinein – erfolgreich in den Vordergrund hätte rücken können. Stattdessen sah sich Steinbrück zunächst mit massiven Forderungen des eigenen linken Parteiflügels konfrontiert, musste öffentlich Solidarität einfordern und etliche programmatische Zugeständnisse machen. Und als in den Medien – tatsächliche oder vermeintliche – Kommunikationsspannen von Steinbrück zum Thema wurden, vermochten es weder die sozialdemokratische Wahlkampfleitung noch der Spitzenkandidat selbst, dieser subtilen Demontage Entscheidendes entgegenzusetzen. Hierunter litten nicht nur Steinbrücks Ansehen, seine persönliche Glaubwürdigkeit und seine politischen Kompetenzen, die er als Finanzminister unter Angela Merkel zu Zeiten der großen Koalition 2005-2009 erworben hatte. Eine optimistische Aufbruch- und Siegesstimmung konnte sich unter diesen Bedingungen kaum entfalten. Bis zuletzt verharrten Teile der Parteilinken in skeptischer Distanz zu ihrem Spitzenkandidaten. Und hilflos bis unglaublich wirkte schließlich das unverdrossene Werben von Parteiführung und Spitzenkandidat für eine rot-grüne Mehrheit noch zu einem Zeitpunkt, als die Umfragedaten diese Option schon längst nicht mehr als realisierbar auswiesen. Die innerparteiliche Konfliktlinie in der SPD zwischen wirtschaftspolitischen Modernisierern und Traditionalisten war deutlich zu erkennen. Weder der Spitzenkandidat noch die sozialdemokratische Wahlkampfleitung vermochten es, die inneren Konflikte in der SPD mittels einer überzeugenden und auf Sieg setzenden Wahlkampfausrichtung zu entschärfen und produktiv umzulenken.

Bezeichnenderweise spielten kontroverse politische Themen bei dieser Wahl eine untergeordnete Rolle – letztlich vor allem zum Nachteil der Sozialdemokraten. Zwar lagen die sozialpolitischen Themen bei den Bürgerinnen und Bürgern durchaus an der Spitze der als drängend angesehenen Probleme. Aber die Frage nach Arbeitsplätzen und Arbeitslosigkeit – Nummer eins der Liste zentraler politischer Themen – war lediglich für 25 Prozent der Wahlberechtigten wirklich bedeutsam. An zweiter Stelle folgte der Bereich Löhne/Preise/Kosten mit 18 Prozent, an dritter Stelle die Euro-Krise mit 16 Prozent. Die geringe politische Brisanz dieser Themen im Wahljahr 2013 wird durch den Vergleich zu früheren Bundestagswahlen deutlich. 2005 nannten 85 Prozent der Befragten die Arbeitslosigkeit als das drängendste Problem, 2009 waren es immerhin noch 56 Prozent.

Noch wichtiger als die öffentliche Diskussion politischer Themen und Probleme im Vorfeld einer Wahl sind die den Parteien zugeschriebenen Problemlösungskompetenzen. Diese folgten 2013 weitgehend dem Muster der vorangegangenen Wahlen. Bei den Themen Förderung der Wirtschaft (47% CDU/CSU zu 17% SPD), Schaffung von Arbeitsplätzen (40% zu 22%), Bewältigung der Euro-Krise (38% zu 20%) sowie Lösung zukünftiger Probleme (39% zu

20%) lagen die Christdemokraten nach den Daten der Forschungsgruppe Wahlen mit großem Abstand vor der SPD. Bei der Steuerpolitik (32% zu 27%), der Sicherung der Renten (29% zu 25%) und der Familienpolitik (30% zu 29%) konnten CDU/CSU einen knappen Vorsprung behaupten. Den Sozialdemokraten gelang es lediglich beim Thema soziale Gerechtigkeit (26% zu 35%), die Union hinter sich zu lassen. Die Kernkompetenzen der Grünen liegen bei der Umwelt- und Energiepolitik. 35 Prozent der Befragten trauten der Umweltschutz-Partei die besten Lösungsansätze in der Energiepolitik zu. Union und SPD kamen hier auf lediglich 22 bzw. 10 Prozent.

**Tabelle 3: Parteikompetenzen in unterschiedlichen Politikfeldern
(in Prozent)**

Wirtschaftspolitik	
CDU/CSU	47
SPD	17
Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsplätze	
CDU/CSU	40
SPD	22
Bewältigung der Eurokrise	
CDU/CSU	38
SPD	20
Lösung zukünftiger Probleme	
CDU/CSU	39
SPD	20
Grüne	3
Steuerpolitik	
CDU/CSU	32
SPD	27
Sicherung der Rente	
CDU/CSU	29
SPD	25
Familienpolitik	
CDU/CSU	30
SPD	29
Grüne	9
Soziale Gerechtigkeit	
CDU/CSU	26
SPD	35
Energiepolitik	
CDU/CSU	22
SPD	10
Grüne	35

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, *Bundtagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 22. September 2013*, Mannheim, 2013, S. 32-34.

Angesichts dieser insgesamt geringen Bedeutung politischer Themen und Probleme bleibt festzuhalten, dass die politischen Angriffsbemühungen der SPD 2013 weitgehend ins Leere liefen. Es ist ihr nicht gelungen, die für sie günstigen Themen sozialer Ungleichheiten und Benachteiligungen wirkungsvoll im Wahlkampf zu platzieren. Alarmieren sollte die Sozialdemokraten zudem, dass sie selbst beim Thema soziale Gerechtigkeit, dem für ihre politische Identität wichtigsten Themenbereich, nur noch Kompetenzzuschreibungen von deutlich unter 50 Prozent erzielen konnten. Letztlich ist die Strategie der Sozialdemokraten, als Partei ihre Traditionswähler und mit dem Spitzenkandidat Peer Steinbrück Wählergruppen in der Mitte der Gesellschaft ansprechen zu wollen, nicht aufgegangen. Zu uneins war die sozialdemokratische Wahlkampfführung, zu weit lagen Kandidat und Partei in den politischen Kompetenzzuschreibungen hinter den Christdemokraten zurück. Wesentlich erfolgreicher stehen demgegenüber CDU/CSU da. Gestützt auf die gute gesamtwirtschaftliche Situation und die große Popularität der Bundeskanzlerin ist es der Union nach 2009 einmal mehr gelungen, eine Polarisierung und ideologisierte Auseinandersetzung im Wahlkampf zu vermeiden. Dahinter steht das rationale Kalkül, dass die Union den Sozialdemokraten keine Gelegenheit bieten wollte, deren innerparteiliche Konflikte durch eine harte Auseinandersetzung mit dem parteipolitischen Gegner abzumildern und eventuell zu neutralisieren. Dass diese asymmetrische Demobilisierung zu Lasten einer hohen Wahlbeteiligung geht, war aus Sicht der Unionsstrategen sogar eher von Vorteil. Während sich die Anhänger von Merkel schon früh in ihrer Wahlentscheidung festgelegt hatten, gelang der SPD keine ausreichende Mobilisierung. Relevante Teile der Sozialdemokratie verharrten aus Frustration über die eigene Parteispitze in gewisser Distanz und spielten mit dem Gedanken der Wahlenthaltung. Am Ende lag die Wahlbeteiligung trotz vielfacher Bemühungen, die politischen Feindbilder des alten Lagerwahlkampfes zu reaktivieren, bei lediglich 71.5 Prozent.

Betrachtet man die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Parteiwählerschaften (Tabelle 4), so sind vor allem die großen Ähnlichkeiten zwischen Union und Sozialdemokratie augenfällig. Insbesondere bei der Altersstruktur und der Schulbildung unterscheiden sich die Wählerschaften der beiden Parteien kaum. Deutlich andere Bildungsprofile weisen die Wählerschaften von FDP und Grünen auf. Beide Parteien haben ihre Kernwählerschaften in den gehobenen Mittelschichten mit dementsprechend auch überdurchschnittlichen Bildungsabschlüssen. Bei den Grünen sind zudem die Generationen der über 60-jährigen noch immer stark unterrepräsentiert. Erste kleinere Unterschiede zwischen CDU/CSU und SPD finden sich bei der Geschlechterverteilung und bei den Berufsgruppen. In der Wählerschaft der Union sind Frauen sowie Selbständige etwas stärker vertreten, bei der SPD hingegen Männer sowie Arbeiter. Hinsichtlich der Berufsgruppen unterscheiden sich wiederum vor allem die Grünen und die Liberalen erheblich von den beiden großen Parteien. Bei den Grünen sind Angestellte und

Beamte deutlich überrepräsentiert, bei der FDP hingegen Selbständige. Die deutlichsten Unterschiede zwischen Union und SPD finden sich – wenig überraschend – bei der konfessionellen Zusammensetzung und der Gewerkschaftszugehörigkeit, den beiden klassischen Indikatoren der jeweiligen Traditionswählerschaften. In der Wählerschaft von CDU/CSU sind Katholiken überrepräsentiert, Konfessionslose sowie Gewerkschaftsmitglieder unterrepräsentiert, bei der SPD sind Gewerkschaftsmitglieder und Protestanten über- und Katholiken unterdurchschnittlich vertreten. Somit verfügen beide Parteien über eine Wählerschaft mit großer sozialer Bandbreite und nur mäßigen Abweichungen zum Bevölkerungsdurchschnitt, abgesehen jeweils von ihren früheren Traditionsmilieus.

**Tabelle 4: Soziale Zusammensetzung der Wählergruppen 2013
(in Spaltenprozent)**

	gesamt	CDU/ CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke	AfD
Geschlecht :							
männlich	50	47	53	58	43	51	62
weiblich	50	53	48	42	57	49	38
Alter :							
18-29 Jahre	15	13	14	17	19	14	34
30-44 Jahre	24	24	21	24	28	24	32
45-59 Jahre	31	29	33	30	38	34	24
ab 60 Jahre	30	35	33	30	16	28	10
Berufsgruppe :							
Arbeiter	25	23	28	15	13	33	27
Angestellte	43	43	45	41	50	40	43
Beamte	7	8	7	8	10	4	7
Selbständige	10	11	6	20	11	8	12
Landwirte	2	3	0	2	1	1	0
Konfession :							
katholisch	32	41	26	33	27	15	30
evangelisch	33	32	39	35	35	22	29
keine	26	19	25	22	29	52	35
Schulbildung :							
Hauptschulabschluss	22	24	26	16	10	18	15
Mittlere Reife	33	34	32	26	22	37	38
Hochschulreife	20	19	19	22	28	18	22
Hochschulabschluss	18	16	16	27	34	19	20

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, *Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 22. September 2013*, Mannheim, 2013, S. 97, 99, 101, 103.

Darüber hinaus unterliegen die Wahlergebnisse der beiden großen Parteien bemerkenswerten regionalen Unterschieden. Die Hochburgen der SPD liegen im Norden und im Westen, wobei Wahlergebnisse von über 40 Prozent jedoch nur noch in einzelnen Wahlkreisen, vor allem in Nordrhein-Westfalen, zu beobachten sind. Landesweit über 30 Prozent erzielten die Sozialdemokraten in den Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin sowie in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und im Saarland. Im Osten verharrt die SPD außer in Brandenburg und Berlin unter 20 Prozent und hinter der Linkspartei lediglich auf Platz drei. Die Christdemokraten schnitten besonders gut im Osten und im Süden Deutschlands ab. Über 40 Prozent gelangen in Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sowie in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Niedersachsen.

Als Verlierer der Bundestagswahl 2013 müssen die kleineren Parteien angesehen werden. Insbesondere die Liberalen und die Grünen haben bittere Niederlagen hinzunehmen. Schritt um Schritt ist die FDP aus vielen Landtagen und jetzt auch aus dem Bundestag verschwunden. Auf über 5 Prozent kamen die Liberalen lediglich noch in sechs westdeutschen Bundesländern. In Ostdeutschland – einschließlich Berlin-Ost – sackte die FDP auf 2.7 Prozent ab und liegt dort praktisch gleichauf mit der Piratenpartei und der NPD. Für 83 Prozent der Wahlberechtigten hat die FDP laut Infratest dimap in den letzten Jahren viel versprochen und fast nichts davon umgesetzt. Für 70 Prozent der Wahlberechtigten kümmerte sich die FDP zu einseitig um bestimmte Wählergruppen. Die beabsichtigte Neuausrichtung hat nicht geklappt. Ihr Image als wirtschaftsnahe Interessenpartei konnten die Liberalen nicht abstreifen. Ihre Rückkehr in die Parlamente wird ein steiniger Weg werden.

Die Grünen sind bei dieser Wahl mit bundesweit 8.4 Prozent fast wieder auf den Stand einer westdeutschen Kleinpartei zurückgefallen. Zweistellige Ergebnisse gelangen nur in Baden-Württemberg sowie in den Stadtstaaten Hamburg, Berlin und Bremen. In keinem der ostdeutschen Bundesländer konnten die Grünen die 5% Prozent-Hürde überspringen. Gemessen an den zwischenzeitlichen Höchstwerten in den Umfragen von bundesweit über 20 Prozent ist das Wahlergebnis ernüchternd bis enttäuschend. Zudem hatten die Grünen bereits im Wahlkampf die historische Chance auf Schwarz-Grün im Bund eigentlich schon verspielt. Anstatt ihre Kompetenzen in Fragen des Umweltschutzes und der Vereinbarkeit von Ökologie und Ökonomie in die Waagschale zu werfen und den Rückenwind zu nutzen, den ein grüner Ministerpräsident Winfried Kretschmann aus Baden-Württemberg entfachen kann, inszenierten sie sich auf Bundesebene als neue „Partei der sozialen Gerechtigkeit“. Eigentümliche Diskussionen um Steuererhöhungen, die Einführung eines „Vegi-Days“ und frühere Positionen zur Pädophilie trugen weiter zur Verunsicherung potentieller Wählerinnen und Wähler bei. Für 59 Prozent der Wahlberechtigten haben sich die Grünen im Wahlkampf von den Interessen ihrer Wähler entfernt.

Nichtsdestotrotz hätten 50 Prozent eine Regierungsbeteiligung begrüßt.

Die Linkspartei musste mit bundesweit 8.6 Prozent deutliche Verluste hinnehmen. Dennoch ist sie als drittstärkste Partei im neuen Bundestag vertreten. Weiterhin Bestand haben die enormen regionalen Unterschiede. Im Westen gilt die Linkspartei eher als Protestpartei und kam auf lediglich 5.6 Prozent, im Osten verfügt sie als linke Volkspartei über eine stabile Verankerung und landete mit 22.7 Prozent hinter der Union auf Platz zwei. Diesen Doppelcharakter der Linkspartei spiegeln auch die Umfragedaten wider. Für 83 Prozent der Wahlberechtigten löst die Linkspartei zwar keine Probleme, nennt die Dinge aber beim Namen. 72 Prozent halten die politischen Vorstellungen der Linkspartei für unrealistisch und nicht finanzierbar. Demgegenüber attestieren ihr 57 Prozent, dass sie sich von allen Parteien am stärksten für die sozial Schwachen einsetzt.

Bemerkenswert ist schließlich der Erfolg der neuen Protestpartei Alternative für Deutschland. Mit 4.7 Prozent verfehlte sie nur knapp den Einzug in den Bundestag. 56 Prozent der Wahlberechtigten halten sie für keine ernstzunehmende Partei. 37 Prozent sehen sie als Alternative für diejenigen, die sonst nicht wählen würden. 21 Prozent begrüßen es, dass sich eine Partei gegen den Euro ausspricht. In Westdeutschland inszenierte sich die AfD als national-liberale Partei, die ein Ende der Gemeinschaftswährung Euro fordert. In Ostdeutschland erzielte sie mit eindeutig rechtspopulistischen Parolen 5.8 Prozent. Die Wählerwanderungsbilanzen von Infratest dimap verdeutlichen, dass die AfD in erster Linie die Stimmen von ehemaligen FDP-Wählern bekommen konnte, in zweiter Linie von der Linkspartei und von der Union sowie in dritter Linie aus dem Lager bisheriger Nichtwähler und von der SPD. Nun hat diese neue Protestpartei bislang noch keine gefestigte Wählerschaft und noch ist nicht entschieden, ob sie sich zukünftig eher national-liberal oder aber rechtspopulistisch präsentieren wird. Dennoch muss ihr Erfolg vor allem die Europapolitiker aller Parteien beunruhigen. Gerade angesichts der bevorstehenden Europawahlen müssen die Chancen und auch Probleme der europäischen Integration und der gemeinsamen Währung wesentlich offensiver diskutiert werden. Ansonsten werden Anti-Europa-Populisten auch in Deutschland weiteren Zulauf erhalten.

Innerparteiliche Konfliktlinien und Neupositionierungen – Parteien in der Orientierungsphase

Das deutsche Parteiensystem hat sich in der Vergangenheit durch ein hohes Maß an Stabilität ausgezeichnet. Wesentlich dazu beigetragen haben die hohe Integrationskraft und die institutionelle Konstanz der Parteien. Gemeinsam prägten Union, SPD und Liberale die ersten drei Jahrzehnte der Bundesrepublik Deutschland. Mit den Grünen wurden dann neue, stärker postmaterialistisch ausgerichtete Milieus und gesellschaftliche Gruppen integriert, die sich in den 1970-Jahren vor allem in den Groß- und Universitätsstädten herausgebildet hatten. Nach der Deutschen Einheit 1990 eröffnete die frühere PDS und heutige Linkspartei den Vereinigungskritikern und den Resten des sozialistischen Milieus der DDR die Möglichkeit der politischen Interessenvertretung in der Bundesrepublik Deutschland. Weitere Parteien oder Parteineugründungen konnten sich auf Bundesebene bislang nicht etablieren.

Besonders die beiden Volksparteien CDU/CSU und SPD wirkten erfolgreich als Integrations- und Konsensmaschinen. Zum einen gilt dies für den täglichen politischen Kompromiss zwischen den unterschiedlichen sozialen Milieus und Gruppen in der Wähler- und der Mitgliedschaft. In der Praxis kommt hierfür ein ausbalanciertes Proporz- und Repräsentationsprinzip in der Parteiführung zum Einsatz, das die Einflussmöglichkeiten der verschiedenen innerparteilichen Gruppierungen und Flügel auf die Politikformulierung der Gesamtpartei sicherstellen soll. Zum anderen ändern sich über längere Zeiträume hinweg immer wieder gesellschaftliche und politische Problemstellungen. Die Parteien müssen hierfür neue, praktikable Lösungen präsentieren, ohne dabei allerdings ihre historischen Wurzeln und ihre traditionellen Wählergruppen außer Acht lassen zu können. Für den anhaltenden Erfolg von (Volks-)Parteien ist es geradezu zwingend, dass die von Zeit zu Zeit notwendig werdenden programmatisch-ideologischen Runderneuerungen sowohl den aktuellen Problemlagen als auch den politischen Kernanliegen der eigenen Traditionswähler gerecht werden.

Aus diesem Blickwinkel betrachtet sind die derzeitigen Probleme und die damit verbundenen Herausforderungen für Union und SPD überaus vergleichbar. Beide haben über die letzten Jahrzehnte hinweg enorme Veränderungen in ihren traditionellen Kernwählerschaften hinnehmen müssen und ringen derzeit mit den daraus

resultierenden Konsequenzen für ihr politisch-programmatisches Selbstverständnis und Profil. Beide sind darüber hinaus aktuell mit dem Problem konfrontiert, dass sich relevante Teile der Partei gegen einen von den Parteiführungen als notwendig angesehenen Modernisierungskurs vehement sperren. Während die längerfristige Veränderung der Kernwählerschaften vor allem auf den gesellschaftlichen Wandel zurückzuführen ist und somit eher als eine strukturell bedingte Herausforderung bezeichnet werden kann, resultiert die zweite – akteursbedingte – Herausforderung in beiden Parteien aus dem aktiven Handeln ihrer politischen Eliten.

Aus struktureller Perspektive machen die ursprünglichen Kernwählerschaften – kirchengebundene Katholiken bei der Union und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter bei der Sozialdemokratie – inzwischen nur noch einen Bruchteil des jeweiligen Wählerpotentials aus (Tabellen 5 und 6). Den Erhebungen der Forschungsgruppe Wahlen zufolge besuchen von 100 westdeutschen Unionswählern bei der Bundestagswahl 2013 gerade einmal 11 wöchentlich die Kirche, weitere 28 immerhin noch „ab und zu“. Somit weist bereits in Westdeutschland über die Hälfte der Unionswähler keine nennenswerte Kirchenbindung mehr auf. In den 1970-er Jahren waren knapp 40 von 100 Unionswählern Katholiken mit wöchentlichem Kirchgang. Berücksichtigt man zudem die Wählerschaft in Ostdeutschland, vergrößert sich die Gruppe der heutigen Unionswähler ohne Kirchenbindung. Lediglich 30 Prozent der Ostdeutschen gehören einer christlichen Kirche an, etwa sieben Prozent davon der katholischen Kirche. Nichtsdestotrotz erzielt die Union bei westdeutschen Katholiken mit wöchentlichem Kirchgang – also in ihrer traditionellen Kernwählerschaft – noch immer einen Stimmenanteil von 67 Prozent.

Tabelle 5: Wählerschaften von CDU/CSU und SPD bei der Bundestagswahl 2013 nach Konfessionszugehörigkeit und Kirchgangshäufigkeit in Westdeutschland (in Spaltenprozent)

Konfession	Häufigkeit der Religionsausübung	insgesamt	CDU/CSU	SPD
katholisch:	wöchentlich	5	9	2
protestantisch:	wöchentlich	2	2	1
katholisch:	ab und zu	12	17	10
protestantisch:	ab und zu	11	11	12
katholisch:	selten,nie	20	21	18
protestantisch:	selten,nie	23	20	27

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, *Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 22. September 2013*, Mannheim, 2013, S. 109.

Tabelle 6: Wählerschaften von CDU/CSU und SPD bei der Bundestagswahl 2013 nach Gewerkschaftsmitgliedschaft und Berufsgruppe (in Spaltenprozent)

	insgesamt	CDU/CSU	SPD
Gewerkschaftsmitglied	14	11	20
Arbeiter, Gewerkschaftsmitglied	6	4	9
Arbeiter, kein Gewerkschaftsmitglied	18	17	19
Angestellter, Gewerkschaftsmitglied	6	4	8
Angestellter, kein Gewerkschaftsmitglied	37	38	36

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, *Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 22. September 2013*, Mannheim, 2013, S. 99.

Vergleichbar stellt sich die Situation bei der SPD dar. Nur 23 von 100 SPD-Wählern können 2013 eine Gewerkschaftsmitgliedschaft vorweisen, neun davon sind Arbeiter und acht Angestellte. In den 1970-er Jahren summierten sich allein die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf etwa ein Viertel der gesamten sozialdemokratischen Wählerschaft. Und auch hier gilt, dass die SPD ihre besten Ergebnisse nach wie vor bei Arbeitern mit Gewerkschaftsbindung – ihrer traditionellen Kernwählerschaft – erzielt (2013: 39 Prozent).

Zu diesen längerfristigen strukturellen Verschiebungen kommen bei der Union und der SPD Veränderungen in der Zusammensetzung ihrer Wählergruppen und Mobilisierungsschwächen, die vor allem auf das öffentliche Erscheinungsbild der jeweiligen Partei und das Handeln der verantwortlichen Parteiführungen zurückzuführen sind. An erster Stelle ist die de facto-Spaltung der SPD zu nennen, ausgelöst durch den sozialstaatlichen Reformkurs unter Bundeskanzler Gerhard Schröder. Die mit dem Agenda 2010-Prozess und der Hartz-Gesetzgebung verbundenen Begrenzungen wohlfahrtsstaatlicher Absicherungen und Leistungen betrafen zentral das politische Selbstverständnis und die politische Identität der Sozialdemokratie. Umso verwunderlicher war es, dass die damalige Parteiführung keine nennenswerten Anstrengungen unternahm, mit den eigenen Anhängern die Notwendigkeit dieser Reformmaßnahmen angemessen zu diskutieren und ihnen glaubhaft zu versichern, dass sich die SPD auch unter veränderten Rahmenbedingungen weiterhin als Anwältin der kleinen Leute und Verfechterin der sozialen Gerechtigkeit sieht. Als Konsequenz dieser „Basta-Politik“, dieses von oben verordneten Politikwechsels unter Schröder, setzte bei sozialdemokratischen Anhängern vor allem in Gewerkschaftskreisen und in den unteren Mittelschichten ein Ent-

fremdungsprozess von ihrer Partei ein, der zu massiven Stimmenverlusten für die SPD und zeitweiligen Wahlerfolgen der Linkspartei auch in Westdeutschland geführt hat. Dass es für diesen wirtschafts- und sozialpolitischen Kurswechsel gute ökonomische Gründe gab, kann ganz offenbar langjährige Parteianhänger, deren Parteiloyalität maßgeblich auf dem normativen Fundament der sozialstaatlichen Solidarität beruht, nicht hinreichend überzeugen.

Noch immer ist dieser Konflikt in der SPD keineswegs befriedet. Noch immer sind enttäuschte Traditionsanhänger nur schwer zurückzugewinnen bzw. zur Stimmabgabe zu mobilisieren. Dies gilt besonders für eine sozialdemokratische Parteispitze, in der die maßgeblichen Persönlichkeiten zu den Unterstützern der sozialstaatlichen Neuausrichtung unter Schröder gehörten. Offenkundig wird dies zum einen mit Blick auf die Wahlergebnisse. Bei der Bundestagswahl 2013 lagen die Sozialdemokraten exakt wie bereits 2009 in allen Berufsgruppen hinter der Union – auch bei den Arbeitern. Lediglich bei den Arbeitslosen und bei den Gewerkschaftsmitgliedern konnte die SPD bessere Wahlergebnisse erzielen als die Union. Zum anderen hatte dieser Konflikt einen entscheidenden Einfluss auf die bisherigen koalitionsstrategischen Positionierungen der SPD. Während sich die „Modernisierer“ und somit die Mehrheit der Parteiführung bis über die Bundestagswahl 2013 hinaus entschieden gegen eine Koalitionsbildung unter Einbeziehung der Linkspartei ausgesprochen haben, hatten die Anhänger einer traditionellen wohlfahrtsstaatlichen Ausrichtung hier schon länger keine Berührungspunkte. Der Leipziger Bundesparteitag der SPD im November 2013 hat nun beschlossen, dass zukünftig auch auf Bundesebene Koalitionen mit der Linkspartei nicht mehr ausgeschlossen werden. Dennoch ist die SPD wohl noch auf absehbare Zeit mit dem Problem konfrontiert, dass sowohl eine Große Koalition als auch eine Koalition mit der Linkspartei innerparteilich den Widerstand des jeweils entgegengesetzten politischen Flügels hervorrufen wird. Der zentrale Wertekonflikt über die Bedeutung, Funktion und Ausgestaltung wohlfahrtsstaatlicher Solidarität ist noch längst nicht gelöst und überlagerte zudem die Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU.

Bei der Union sind die innerparteilichen Verwerfungen nicht im gleichen Maße vorangeschritten. Vieles wird derzeit überdeckt durch das außerordentlich hohe Ansehen der Bundeskanzlerin weit über den Kreis der eigenen Parteianhänger hinaus und durch die große öffentliche Präsenz der Europa- und Euro-Thematik. Gleichwohl sind die innerparteilichen Sollbruchstellen deutlich auszumachen. Im Zentrum des Konflikts steht der von der Parteivorsitzenden und Kanzlerin Angela Merkel initiierte gesellschaftspolitische Modernisierungsprozess, der in konservativen und teilweise katholischen Parteikreisen großen Widerstand hervorruft. Bedrohlichster Kristallisationspunkt dieser Kritik ist die derzeitige vehemente Ablehnung der Stabilisierung des Euro von wirtschaftswissenschaftlichen, politisch national-liberalen Kreisen. Die neu gegründete Partei

AfD hat durchaus Chancen, die Stellung der Union nachhaltig zu schwächen.

Ausgangspunkt dieser innerparteilichen Spannungen war die Familienpolitik und der forcierte Ausbaus der Kleinkinderbetreuung von Ursula von der Leyen während der Großen Koalition 2005-2009. Aus Sicht ihrer konservativen Kritiker handelte es sich hierbei fast schon um eine Kulturrevolution, zumindest jedoch um eine grundsätzliche Infragestellung des Bildes der Familie und der Geschlechterrollen in der Gesellschaft – einem zentralen normativen Identifikationskern christdemokratischer Traditionswähler. Vernehmbar ist die konservative Kritik bis heute vor allem in kleineren Parteizirkeln, vorwiegend im ländlichen Raum. Öffentlich positionierte sich am deutlichsten die CSU gegen diese Neuausrichtung der Familienpolitik – sie setzte durch, dass zeitgleich mit dem Rechtsanspruch auf einen öffentlich bereitgestellten Betreuungsplatz zum 1. August 2013 auch ein Betreuungsgeld für diejenigen Familien eingeführt wurde, die diesen Betreuungsplatz nicht in Anspruch nehmen.

Inzwischen ist die Liste der Themen gesellschaftlicher Modernisierung unter der Parteivorsitzenden Angela Merkel deutlich länger geworden: Ausbau der Kleinkinderbetreuung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen, Abschaffung der Wehrpflicht, Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften, Atomausstieg und Energiewende, Einführung einer Finanztransaktionssteuer – all dies sind auch für die Union längst keine Tabuthemen mehr, sondern Projekte der christdemokratischen Parteivorsitzenden und Kanzlerin. Das Unverständnis und der Unmut mancher Traditionsanhänger der Union über diese gesellschaftspolitische Neuausrichtung wird zumindest nachvollziehbar, wenn man sich daran erinnert, dass die genannten Punkte vor nunmehr über dreißig Jahren allesamt zum Forderungskatalog der 1980 neugegründeten Grünen gehörten. Die Forderungen waren zum damaligen Zeitpunkt alles andere als mehrheitsfähig und dienten der Union – zusammen mit den frühen pazifistischen Positionen der Grünen – als zentrale Kritikpunkte in der politischen Auseinandersetzung mit der neuen Konkurrenz.

Der Protest gegen Merkels Modernisierungsprogramm hat sich am stärksten an ihrem entschlossenen Pro-EU-Kurs und den Maßnahmen zur Stabilisierung des Euro entzündet. Schon länger beklagen viele Wirtschaftsliberale in der Union eine „Sozialdemokratisierung“ innerhalb der eigenen Reihen. Hatte die CDU auf ihrem Leipziger Parteitag 2003 noch marktliberale Positionen vertreten, änderte sich die programmatische Ausrichtung nach dem verpassten Wahlsieg 2005 grundlegend. Mit großer Skepsis konstatieren Wirtschaftsliberale einen Paradigmenwechsel in der Wirtschafts- und Haushaltspolitik der Union, die Renaissance des regulierenden Staats. Bei der Bundestagswahl 2009 waren es insbesondere diese im Kern unionsnahen Wählerkreise, die der FDP ihr herausragendes Ergebnis bescherten. Inzwischen ist der Union mit

der AfD eine politische Konkurrenz erwachsen, die Entwicklungspotentiale sowohl als rechtspopulistische Protestpartei gegen die Europäische Union als auch als konservatives Sammelbecken für frustrierte Unionswähler besitzt.

Unter der Oberfläche des momentanen Erfolgs durchläuft die Union einen Modernisierungsprozess, der innerparteilich – ähnlich wie bei der Sozialdemokratie – auf massiven Protest konservativer Traditionswähler stößt. Dass die von Merkel eingeleitete gesellschaftliche Modernisierung eine notwendige Voraussetzung darstellt, um den Anschluss an moderne Mittelschichten zu halten und weiterhin Volkspartei zu bleiben anstatt zum konservativen Traditionsverein ohne ernsthafte Macht- und Regierungsperspektive zu schrumpfen, kann relevante Stammwählergruppen offensichtlich nicht ausreichend überzeugen. Zugleich können die Christdemokraten auf ihre Traditionskompanien nicht verzichten, zumal mit der AfD die Alternative für Protestwähler inzwischen bereit steht. Das Beispiel der SPD kann lehren, dass gravierende innerparteiliche Auseinandersetzungen nicht allein durch ein Machtwort der Parteispitze befriedet werden können.

Auf die Linkspartei und die Grünen kommt die keineswegs gering zu schätzende Aufgabe zu, angesichts einer fast übermächtigen Großen Koalition die Oppositionsrolle im Deutschen Bundestag effektiv ausfüllen zu müssen. Die machtpolitisch kluge Zusicherung der Regierungsfractionen, den beiden Oppositionsparteien die vollen parlamentarischen Kontrollrechte einzuräumen, ist hierbei nur eine erste notwendige Voraussetzung. Für beide Parteien wird es von zentraler Bedeutung sein, dass ihr Spitzenpersonal die politischen Alternativen prägnant formuliert und entsprechenden Zugang zu den Medien gewinnt. Dem Augenschein nach ist die Linkspartei zurzeit besser gerüstet, die notwendige Lautsprecherfunktion wahrzunehmen. Fraktionschef Gregor Gysi hat sich für zwei Jahre den alleinigen Fraktionsvorsitz erkämpft und ist in der medialen Auseinandersetzung bestens erprobt. Die doppelte Fraktionsspitze der Grünen wird möglichst schnell in diese Rolle hineinwachsen müssen. Katrin Göring-Eckardt ist im Wahlkampf gerade nicht als pointiert formulierende Spitzenkandidatin und Gegengewicht zu Jürgen Trittin aufgefallen. Und Anton Hofreiter galt in Berlin bislang vor allem als exzellenter Experte der Verkehrspolitik. Für beide Parteien stellt die Große Koalition eine gute Chance zur eigenen Profilierung dar, wenn sie ihre politischen Alternativen auch öffentlichkeitswirksam vertreten können.

Entwicklungsperspektiven des Parteienwettbewerbs in Deutschland

Der vielfach als langweilig und ereignislos charakterisierte Wahlkampf hat zu einem Ergebnis geführt, das wenig mit einem „Weiter so!“ in den gewohnten Bahnen des politischen Mehrheits- und Lagerdenkens Schwarz-Gelb versus Rot-Grün zu tun hat. Diese alte Frontstellung aus den 1980-er und 1990-er Jahren taugt zwar in Teilen der Wählerschaften noch immer zur Mobilisierung von Wählergruppen über gewohnte Feindbilder – gegen eine „konservative Republik“ bzw. gegen den „linken Klassenkampf“ –, sie bietet aber längst keine Gewähr mehr für erfolgreiche Mehrheitsbildungen im Parlament. Besonders schmerzlich musste dies die Union in verschiedenen jüngeren Landtagswahlen – am deutlichsten wohl in Baden-Württemberg – erfahren. Obwohl die CDU teilweise mit beachtlichem Abstand stärkste Partei wurde, musste sie mangels ausreichender Koalitionsoptionen auf die Oppositionsbänke. Und auch nach der Bundestagswahl 2013 gab es für die Union zur Großen Koalition kaum eine realistische Alternative, hatten doch die meisten Parteien im Wahlkampf alle bislang unüblichen Koalitionskonstellationen wechselseitig ausgeschlossen.

Parteien, Wählerinnen und Wähler werden sich neu orientieren müssen. Der aktuelle Parteienwettbewerb funktioniert immer weniger nach dem Muster des bipolaren Lagerdenkens. Union, SPD und Grüne waren 2013 mit ihren Wahlkämpfen im alten Denken strategisch nicht auf der Höhe der Zeit und mussten angesichts des Wahlausgangs dann viel Mühe darauf verwenden, bei den eigenen Anhängern die notwendige Akzeptanz für lagerübergreifende Sondierungsgespräche und Koalitionsverhandlungen zu erreichen. Der Union war schlicht der bisherige Koalitionspartner abhanden gekommen. Die Sozialdemokraten wiederum konnten die rechnerische Mehrheit links von CDU/CSU politisch nicht nutzen und verzichteten so auf einen eigenen Bundeskanzler. Die Koalitionskonstellationen in Deutschland werden zukünftig vielfältiger werden, nicht zuletzt, da die prinzipiellen Unterschiede zwischen den Parteien derzeit eher gering sind. Der gesellschaftspolitische Modernisierungskurs von Merkel eröffnet der Union neue, dringend benötigte Koalitionsoptionen. Thematische Brückenschläge zu den Grünen werden möglich, zumal beide Parteien auch in der Haushaltspolitik keine grundlegenden Differenzen mehr haben. Und die Sozial-

demokraten haben inzwischen die Weichen auch für eine zukünftige Koalition mit der Linkspartei gestellt.

Zunächst aber hat die neue Regierung wegweisende Entscheidungen zu treffen. Für die kommende Legislaturperiode wird es nicht reichen, dass die Union den Mindestlohn akzeptiert und die SPD dafür auf die Erhöhung des Spitzensteuersatz verzichtet. Auch die Autobahn-Maut für Ausländer und das Betreuungsgeld sind letztlich nachrangige Themen. Eine Große Koalition macht Sinn und überzeugt, wenn sie drängende Strukturprobleme zielgerichtet angeht und nicht nur Ministerposten verteilt. Pflegeversicherung, der soziale Zusammenhalt bei einer immer größer werdenden sozialen Schere, Einwanderungs- und Integrationspolitik, Bildung, Atomausstieg und Energiewende, Föderalismusreform und finanzielle Stabilisierung der Kommunen sowie nicht zuletzt die effektive Zügelung der Finanzmärkte und die Euroicherung samt einer weiteren Demokratisierung der europäischen Politik – an Themen mangelt es derzeit sicherlich nicht.

Union und SPD sollten als Große Koalition im eigenen Interesse ihre dominierende Stellung im Bundestag sowie im Bundesrat nutzen, um in zentralen inhaltlichen Punkten Flagge zu zeigen und grundlegende Strukturreformen anzustoßen. Eine Einigung auf niedrigstem Niveau, eine Politik des möglichst unauffälligen Durchwurstelns birgt vor allen Dingen die Gefahr, schwere Konsequenzen mit sich zu ziehen. Aber haben die beiden Parteien derzeit überhaupt die notwendige Kraft für weitreichende politische Projekte?

In beiden Parteien gibt es die geschilderten massiven innerparteilichen Lagerkämpfe. Reformkräfte und Traditionalisten stehen sich teilweise äußerst misstrauisch gegenüber. Politische Erfolge in zentralen Politikfeldern könnten gerade in dieser Situation konfliktberuhigend wirken. Genauso denkbar ist aber auch eine gegenseitige Blockade der Koalitionspartner durch die jeweiligen innerparteilichen Konflikte. Die große Koalition würde sich in diesem Fall in einer Politik der kleinsten Schritte erschöpfen und sehr schnell an parteiinternem Rückhalt und öffentlicher Zustimmung verlieren. Das wäre dann nicht nur die Gelegenheit für das Widererstarken der kleinen Parteien, es wären zudem gute Zeiten für Populisten jeglicher politischer Couleur.

Notes du Cerfa

Die Reihe „Notes du Cerfa“ erscheint seit 2003 in monatlichem Rhythmus und analysiert die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung des heutigen Deutschlands: Außen- und Innenpolitik, Wirtschaftspolitik und Gesellschaftsthemen. Die „Notes du Cerfa“ bieten kurze wissenschaftliche Analysen mit einer klaren policy-Orientierung. Die Publikation wird in elektronischer Form kostenlos an etwa 2.000 Abonnenten versandt, ebenso wie die „Visions franco-allemandes“, und ist zudem auf der Internetseite des Cerfa verfügbar, von der die Beiträge ebenfalls kostenlos heruntergeladen werden können.

Letzte Veröffentlichungen des Cerfa

Yves Pascouau, „Gouvernance Schengen“ : les équilibres subtils entre méthode communautaire et logique intergouvernementale, « Note du Cerfa », n°106, décembre 2013.

Henrik Uterwedde, *La fin des divergences ? Perspectives des politiques économiques françaises et allemandes*, « Visions franco-allemandes », n° 23, octobre 2013.

Dorothee Schmid, *Allemagne, France, Turquie : la triangulation des puissances*, « Note du Cerfa », n°105, septembre 2013.

Stormy-Annika Mildner, Henning Riecke et Claudia Schmucker, *Vers un renouveau du partenariat transatlantique ? Les relations germano-américaines sous Obama II*, « Note du Cerfa », n°104, juillet 2013.

Georg Fahrenschon, *Union bancaire : la position des caisses d'épargne allemandes*, « Note du Cerfa », n°103, juillet 2013.

Das Cerfa

Das „Comité d'études des relations franco-allemandes“ (Studienkomitee für deutsch-französische Beziehungen, Cerfa) wurde 1954 durch ein Regierungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich gegründet. Die Amtsvormundschaft des Cerfa kommt seitens Frankreich dem Ifri und seitens Deutschland dem DGAP zu. Das Cerfa wird paritätisch durch das Ministère des Affaires étrangères et européennes und das Auswärtigen Amt finanziert. Des Weiteren besteht der Verwaltungsrat aus einer gleichen Anzahl an deutschen und französischen Persönlichkeiten.

Das Cerfa setzt sich das Ziel, Prinzipien, Bedingungen und Lage der deutsch-französischen Beziehungen auf politischer, wirtschaftlicher und internationaler Ebene zu analysieren; Fragen und konkrete Probleme, die diese Beziehungen auf Regierungsebene stellen, zu definieren; Vorschläge und praktische Anregungen zu finden und vorzustellen, um die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu vertiefen und zu harmonisieren.

Dieses Ziel wird durch regelmäßige Veranstaltungen und Seminare, die hohe Beamte, Experten und Journalisten versammeln sowie durch Studien in Bereichen gemeinsamen Interesses verwirklicht.

Prof. Dr. Hans Stark leitet das Generalsekretariat des Cerfa seit 1991. Dr. Yann-Sven Rittelmeyer arbeitet dort als wissenschaftlicher Mitarbeiter und ist für die „Notes du Cerfa“ und die „Visions franco-allemandes“ zuständig. Nele Wissmann ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und für das Projekt „Deutsch-französischer Zukunftsdialog“ zuständig.